



Kassel im März 2022

Keine Menschen zweiter Klasse! Gleiche Rechte für alle Geflüchteten aus der Ukraine

Grundlage dieser Petition ist der offene Brief der Verfasserin Gina Hitsch (Vorstandsmitglied - Be Your Future). Die Vereinigung Mandatsträger:innen afrikanischer Abstammung (VMA) e.V. unterstützt den offenen Brief und stellt sich der Verantwortung, als Kollektiv die Interessen von geflüchteten BPoC aus der Ukraine sichtbar zu machen. Wir als Verein Baobab e.V. halten diesen Aufruf für wichtig und dringlich. Daher schließen wir uns den Forderungen in allen Punkten an.

Seit Beginn des Kriegs haben bereits ca. 280.000 Menschen ihren Weg aus der Ukraine nach Deutschland gefunden. Die Menschen, die in Deutschland Zuflucht gefunden haben, mussten in der Ukraine miterleben, wie ihre Wohnungen, Universitäten und Arbeitsstätten bombardiert und zerstört wurden. Viele Freund:innen und Nachbar:innen sind dabei gestorben.

Unter den Geflüchteten befinden sich auch Schwarze Menschen (BPoC). Zusätzlich zu den traumatischen Erlebnissen in der Ukraine, mussten sie darüber hinaus miterleben, wie ihnen auf der Flucht der gleichberechtigte Zugang zu Zügen und Bussen in Richtung EU/polnische Grenze verwehrt wurde und die Grenzbehörden Geflüchtete nach Nationalität und Hautfarbe unterschiedlich priorisierten. Zu Flüchtlingscamps erhielten sie keinen Zugang und sollten stattdessen, in ungeschützten Zelten die Nächte verbringen. Diese Behandlung von geflüchteten BPoC sind keine Einzelfälle und Ausdruck eines strukturellen Rassismus.

Am härtesten trifft es junge afrikanische Studierende, deren Lebens- und Zukunftsperspektiven, wie bei den Ukrainer:innen durch den russischen Angriffskrieg zerstört wurden. Wie fast alle mussten auch sie ihre Habseligkeiten in der Ukraine zurücklassen. Es sind nicht nur Möbel, Kleidungen, Bücher, Laptops die zurückgelassen wurden, sondern auch essentielle Studienpapiere, Zeugnisse und Prüfungsnachweise sowie Pässe, Geburtsurkunden oder Visa.

Der strukturelle Rassismus gegenüber Schwarzen Menschen setzt sich nach der Flucht aus der Ukraine in Deutschland fort. Während ukrainischen Staatsbürger:innen längerfristige Aufenthaltserlaubnisse und sofortige Arbeitserlaubnisse gewährt werden,

Baobab e. V.

Schillerstraße 30
34117 Kassel
+49 (0) 561 98 77 89 92

Amtsgericht Kassel
VR-Nr.: 5225
Finanzamt Kassel
St.-Nr.: 025/250/75326

VORSTAND:
Benjamin Bender
Annemarie Limbacher
Jonas Bender

BANKVERBINDUNG:
GLS Bank
DE67 4306 0967 4103 8566 00
GENODEM1GLS

KONTAKT:
www.baobab-ev.org
info@baobab-ev.org

gilt dies nicht für Menschen aus Drittstaaten, selbst wenn sie eine mehrjährige Aufenthaltsgenehmigung für die Ukraine vorweisen können.

Für die Betroffenen ist die Ungerechtigkeit bei den städtischen Ämtern nach ihrer lebensgefährlichen und beschwerlichen Flucht eine weitere extrem traumatische und demütigende Erfahrung, da den Menschen gleichberechtigte Unterstützung und Sicherheit verwehrt bleibt. Welche Rolle dabei deutsche Behörden und Institutionen spielen, zeigt die aktuelle Änderung des § 24 AufenthG (25. März 2022) in Verbindung mit der Richtlinie 2001/55/EG: Das Bundesministerium für Inneres (BMI) weist nachgeordnete Behörden darin an, Drittstaatler:innen mit den hinzugefügten Auflagen vom vorübergehenden Schutz auszuschließen und sie stattdessen wieder einer Einzelfallprüfung zu unterziehen mit dem Ziel sie schließlich auszuweisen.

Ein standardisiertes Verfahren für eine Entscheidungsfindung ist nicht erkennbar. **Vielmehr können Sachbearbeiter:innen nach eigenem Ermessen agieren.** Infolge dessen beobachten wir die vermehrte Ausstellung von Meldeauflagen, die einen Schutzfall von Meldeauflagen nach § 24 AufenthG nicht gewähren.

Für uns ist diese Behandlung von Schwarzen Menschen in Deutschland nach den Erlebnissen an der polnisch-ukrainischen Grenze ein weiterer Ausdruck von strukturellem Rassismus, für den deutsche Behörden und europäische Gremien verantwortlich sind. Denn hierbei handelt es sich nicht um Einzelfälle, sondern um eine grundlegende Ausgrenzung von BPoC.

Wir fordern deshalb von der Bundesregierung:

- Schnelle und unbürokratische, aufenthaltsrechtliche Lösungen für alle Geflüchteten aus der Ukraine, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit,
- Beseitigung der Unklarheiten für sichere und schnelle Unterbringung für alle Betroffenen in der Bundesrepublik Deutschland,
- Gewährung eines vereinfachten Zugangs zu Studierenden- und Arbeitsvisa in der Bundesrepublik Deutschland,
- Transparente und einheitliche Kriterien für die Prüfung der o.g. Visa, sowie
- nachvollziehbare und standardisierte Handlungspunkte für Einzelfallprüfungen.

Weitere Informationen und Link zur Petition : <https://www.change.org/beyondevacuation>

